



Cuba wird zum politischen
Dreh- und Angelpunkt
in Lateinamerika

**»Nur wir selber
können unsere Probleme
lösen...«**

Wenn die bürgerliche Presse in letzter Zeit über Cuba berichtete, war sie befangen in ihrem Bemühen, gesellschaftliche Prozesse zu personalisieren. Die angeblichen persönlichen Eigenschaften Fidel Castros, Starrheit und »paranoide, egomanisch verengte Weltanschauung« (NZZ, 18.10.91) seien demnach verantwortlich für die Wirtschaftsprobleme der 10 Millionen Cubaner. Die eurozentristische Sicht der westeuropäischen Presse ist für den cubanischen

Schriftsteller JESUS DIAZ, der zur Zeit in Schweden lebt, das entscheidende Hindernis für die Europäer, auch nur die elementaren Grundpositionen cubanischer Politik zu verstehen. Im Oktober 1991 meinte er in einem Gespräch mit dem Spiegel: »Sie müssen immer daran denken, daß in Cuba jede oppositionelle Strömung automatisch in die Nachbarschaft der USA gerückt wird.« SPIEGEL: »Wie ein Gespenst, mit dem man jederzeit unfolgsamen Kindern drohen kann.«



DIAZ: »...Haben Sie den Putsch gegen ... Allende 1973 in Chile vergessen, als der Versuch eines offenen und demokratischen Sozialismus in Lateinamerika mit Hilfe der CIA liquidiert wurde? Natürlich: einem Europäer mag das leichtfallen, aber ich fühle mich mit einer solchen Frage verschaukelt. Allendes pluralistischer Sozialismus wurde vom Volk bestätigt. Wenn sich dieser Sozialismus hätte weiterentwickeln können, dann wäre die Geschichte Lateinamerikas anders verlaufen, dann wäre auch die Geschichte des cubanischen Sozialismus eine andere. Aber diese Chance hatte er nicht, und er hatte sie nicht aufgrund der Intervention der CIA. Also kommen Sie mir nicht mit Ihrem Gespenst...« SPIEGEL: »Inzwischen hat sich die Lage der Demokratie in Chile verbessert.« DIAZ: »Wie können Sie so etwas sagen? In Chile haben sie Tausende Genossen der Linken ermordet ... Aber das sind offenbar Dinge, die außerhalb des europäischen Wahrnehmungshorizontes liegen. Da sind wir wirklich in verschiedenen Lagern. Für Sie genügt es wohl, wenn gewisse formale Spielregeln nicht allzusehr mit Füßen getreten werden – und schon bezeichnen Sie das als Demokratie.«

Die USA haben seit der Verstaatlichung der Erdölraffinerien auf Cuba 1961 alle ihre Beziehungen in der Welt ausgenutzt, um die Außenhandelsbeziehungen der Inselrepublik zu zersetzen. Die ZEIT stellt deshalb fest: »Washington erwartet, daß Cuba wie ein reifer Apfel in seinen Garten fällt« (11.10.91). Seit der Revolution 1959 ist die Politik Cubas darum bemüht, die Wirt-

schafsblockade der USA zu durchbrechen oder zumindest zu umgehen. Die einzige Macht, die dabei half, war die Sowjetunion und mit ihr die anderen Staaten des RGW. Dieser Versuch, einen Weltmarkt jenseits vom Imperialismus aufzubauen, ist gescheitert. Abgesehen von einem gewissen Handel mit Kanada und Spanien folgten die anderen westlichen Industrieländer im vorausseilenden Gehorsam dem Diktat der USA, insbesondere die BRD, die die Handelsverträge der ehemaligen DDR annullierte. Die ZEIT hat dafür ihre eigene, zynische Interpretation: »Früher sklavisch von Nordamerika abhängig, hatte Havanna nach der Revolution gegenüber der Sowjetunion die gleiche Rolle akzeptiert«. Und wenn sie in derselben Verdrehtheit behauptet: »Moskau finanzierte die Wohlfahrt (!!!) Kubas mit jährlich bis 5 Milliarden Dollar,« sei daran erinnert, daß die wesentlich höheren Summen, die die Industrieländer ihren politischen Vasallen in der 3. Welt zukommen lassen, noch nirgendwo bewirkt haben, auch nur eine annähernd so gute Grundversorgung, wie die Cubaner sie – immer noch – erhalten, zu gewährleisten. Im Gegenteil, diese Art von »Entwicklungshilfe« hat z. B. in den schwarzafrikanischen Ländern die ursprüngliche Agrarstruktur zerstört.

Während sich die momentanen politischen Führer der GUS, von Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien mehr oder weniger darauf verlassen, daß die westlichen kapitalistischen Länder »kommen und helfen« werden, daß also die »freie Marktwirtschaft« die ökonomische und gesellschaftliche Krise überwinden werde, verweist die politische Führung in Cuba auf die immer wieder bestätigte historische Erfahrung, daß gerade in einer Krisensituation eine verstärkte ökonomische und politische Planung notwendig ist, um diese mit eigenen Kräften zu überwinden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke - Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15

Die **politischen Prioritäten**, die in Cuba bei der Bewältigung der ökonomischen Probleme gesetzt werden, stehen z.B. den Lösungs-»Vorschlägen« des IWF, die er überall in der Welt mit seinen Kreditangeboten durchsetzt, diametral entgegen. Die gesamte cubanische Bevölkerung soll zunächst ausreichend mit **Grundnahrungsmitteln** versorgt werden. Allein dieser Plan bedeutet angesichts fehlender Energie (Öl, Benzin, Strom) eine für westeuropäische Verhältnisse kaum vorstellbare Mobilisierung beinahe der gesamten Bevölkerung. Weiterhin sollen die wenigen vorhandenen und auf dem Weltmarkt durch Handel erreichbaren **Devisen vorrangig für Medikamente und Nahrungsmittel** ausgegeben werden. Genau diese beiden Prioritäten (wie auch die meisten folgenden), die in Cuba zur Zeit den Alltag beherrschen, würden durch einen möglichen Einfluß des IWF ausdrücklich annulliert.

Die Tatsache, daß die cubanische Wirtschaft von einem gesellschaftlichen Plan ausgeht, hat dazu geführt, daß dieses Land, das nach kapitalistischen Kriterien seit mindestens drei Jahren eigentlich nicht mehr existieren dürfte, mit der Verteidigung seiner Selbständigkeit in ganz Lateinamerika ein Signal setzt. Wenn die Cubaner ihren Kampf verlieren, bedeutet das für den ganzen lateinamerikanischen Kontinent, daß er künftig aus Washington regiert wird »wie eine texanische Ranch«.

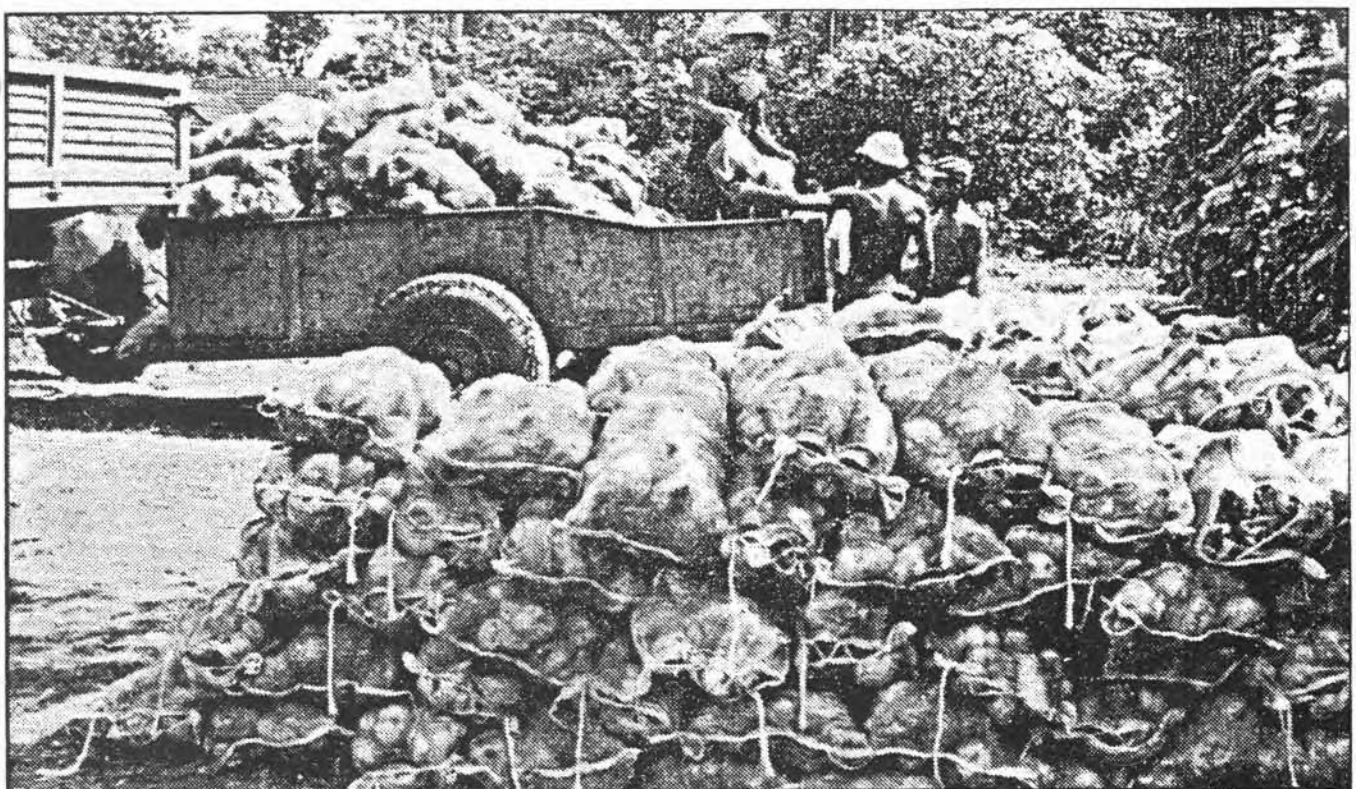
Praktisch alle oppositionellen Gruppen, die sich jetzt vor allem in der Hauptstadt Havanna zu Wort melden, wissen, daß ein Sturz der derzei-

tigen Regierung die Rückkehr des amerikanischen Dollar-Imperialismus auf die Insel bedeuten würde – mit allen seinen zwangsläufigen Folgen. Das hält selbst der größte Teil der Opposition nicht für wünschenswert. Ihre Kritik ist deshalb beschränkt auf Erscheinungsformen der politischen Machtausübung, die aber nur ein kleiner Teil der cubanischen Bevölkerung als kritikwürdig anprangert. Immerhin haben rund drei (von ca. 11) Millionen Cubanern ihre Territorialbewaffnung zu Hause (abgesehen von Polizei und Militär), trotzdem hat die aktuelle angespannte Lage nicht dazu geführt, daß die Waffen etwa gegen die politischen Institutionen gerichtet wurden.

Wie können wir den fortschrittlichen Kräften in Cuba helfen?

Die finanzielle und materielle Hilfe, die von uns geleistet werden kann, wird die strukturelle Abhängigkeit der cubanischen Wirtschaft von Lateinamerika und den USA nicht aufheben. Sie wird auch die politisch motivierte Wirtschaftsblockade durch die US-Regierung nicht ausgleichen können. Wir werden trotz aller Anstrengungen hier in der BRD noch nicht einmal in der Lage sein, den Warenwert, den die ehemalige DDR den Cubanern in seinen Beziehungen günstig überlassen hat, zu erreichen. **Trotzdem rufen wir auf, in dieser Situation zu sammeln und zu spenden!**

Aufgrund verschiedener Erfahrungen mit Solidaritätsaktionen in anderen Zusammenhän-



Adressen: ● **Taller de la Solidaridad**, Solidaritätswerkstatt e.V., Rundeturmstraße 16, 6100 Darmstadt, Telefon 06151-29 23 68/2 66 64, Telefax 066151-2 02 85, Bankverbindung: Postgiro Frankfurt, BLZ 500 100 60, Konto-Nr. 48 78 02-603 ● **Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.**, Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1, Telefon 0221-13 18 36, Telefax 0221-12 32 38, Bankverbindung: BfG Bonn, BLZ 380 101 11, Konto-Nr. 1202999900 ● **Cuba si**, Arbeitsgemeinschaft der PDS, Kleine Alexanderstraße 28, O-Berlin, Telefon 28 409 455, Fax 28 141 69, Fax-West 251 93 63, Bankverbindung: Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Konto-Nr. 13 2222 10, Stichwort: Milch für Kubas Kinder ● **ProCuba**, Initiative des Gesundheitsladens Berlin, Bankverbindung: Postgiro Berlin-West, BLZ 100 100 10, Konto-Nr. 426 206-100, Stichwort: Kuba-Ini ● **Cuba-Hilfe** von Europa-Abgeordneten, c/o K.Holzmann, Ad.-Stifter-Straße 8, 7000 Stuttgart 40, Telefon 0711-84 42 06, Bankverbindung: BfG Stuttgart, BLZ 60110111, Konto-Nr. 1020290300, Stichwort: Cubahilfe ● **Energie für Cuba**, Postfach 210232, 5300 Bonn 2, Telefon 0228-16 91 98, Bankverbindung: Apek-aaw Vonn, VLZ 38050000, Konto-Nr. 132975707, Stichwort: Energie für Cuba. **14.3.92** ■

gen sollten einige Gesichtspunkte bei der Entscheidung für die laufenden Hilfsprojekte berücksichtigt werden:

- Die Hilfe sollte mit möglichst wenig Aufwand an Transportkosten realisiert werden. Das erfordert eine Zusammenarbeit der verschiedenen Hilfsorganisationen, untereinander und mit den cubanischen Institutionen.
- Die Hilfe sollte aktuell die Grundversorgung (Landwirtschaft, Grundnahrungsmittel, Energie) unterstützen.
- Die Hilfe sollte darauf hinzielen, die Eigenversorgung Cubas in Zukunft zu unterstützen.

Bei Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ist die Unterstützung zum Beispiel der Projekte von »Taller de la Solidaridad« (Darmstadt), von »Cuba si« (Berlin, PDS) oder der »Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba« (Köln) zu empfehlen. Unter den gegebenen Verhältnissen ist die Zusammenarbeit auch abhängig von den Aktivitäten der verschiedenen Hilfsorganisationen am Ort.

Hilfe für Cuba heißt konkret:

Geld (für den Ankauf von Ersatzteilen, Medikamenten, Milchpulver u. a.), Kleidung, Medikamente, Papier, Büromaterial, Seifen- und Hygieneartikel, Schreibutensilien, Bücher, deutsche Literatur, Lehrbücher »Deutsch für Ausländer«.

Wir fordern zur Hilfe auf:

- Weil die Cubaner bei ihrem Versuch, die Wirtschaftsprobleme zu lösen, auch auf uns hoffen: *»Zu einer Zeit, da die Imperialisten annehmen, wir seien allein, befinden wir uns vielleicht in Wahrheit in der Gesellschaft vieler Menschen, weil die Männer und Frauen der Welt sich vor dem Gedanken fürchten, die Welt könnte von dem Imperialismus der Yankees beherrscht werden...«* (Castro, 17.10.91)
- Weil wir, wie auch schon andere Organisationen in der BRD, trotz unserer beschränkten Mittel den Cubanern zur Seite stehen wollen, wenn sie sich gegen die politische Liquidierung durch die USA zur Wehr setzen wollen. Denn ihre Verteidigungsbereitschaft ist der einzige Weg, der imperialistischen Katastrophenpolitik in La-

teinamerika und der ganzen Dritten Welt etwas entgegenzusetzen.

- Weil wir der Politik der deutschen herrschenden Klasse entgegenhalten wollen: Auch hier gibt es Menschen, die nicht einverstanden sind mit dem Handelsboykott gegenüber diesem Land der Dritten Welt. Handel unter den Bedingungen der Gleichberechtigung ist der einzige Weg, den eskalierenden Nord-Süd-Konflikt zu entschärfen.

● Weil wir den politischen Kontakt nach Cuba verbessern wollen, um die Entwicklung dort und in ganz Lateinamerika besser verstehen zu können. Deswegen haben wir unsere Hilfsaktion mit den nachstehenden Projekten begonnen. Die staatlichen Stellen wollen Kenntnis von solchen Projekten haben, wir suchen direkten Kontakt zu den Einrichtungen, die wir unterstützen. Wir bemühen uns um gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Organisationen, die sich ausdrücklich der Cuba-Hilfe widmen. **Wir sind um Unterstützung gebeten worden:**

- vom Institut für Sexualerziehung, eine Unterorganisation des Frauenverbandes FMC, die Seifen- und Hygieneartikel, Medikamente und Büromaterial brauchen.
- vom »Campamento 26 de Julio«, einem Lager von schwerverletzten Kämpfern der Befreiungsbewegung El Salvador, das vollständig von Cuba versorgt wird, bei einem geringen Anteil von Selbstversorgung durch die dort genesenden Salvadorianer. Unsere Spenden entlasten Cuba und unterstützen die FMLN.

- vom Humboldt-Institut in Havanna, als Ausbildungsstätte für Germanistik-Studenten durch Bücher und Material für den Deutsch-Unterricht Unterstützung braucht.

Verbreitet diesen Aufruf überall dort, wo ihr meint, daß er praktische, konkrete Resonanz hat. Wendet Euch an die angegebenen Organisationen oder an Genossinnen/Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik. Detaillierte Bedarfslisten z.B. für Medikamente stellen wir auf Anforderung zur Verfügung. Bestätigung und Abrechnung unserer Sammlung sowie Reaktionen aus Cuba erfolgen in der »Arbeiterpolitik«. Weitere Aufrufe erhaltet ihr bei der Vertriebsadresse.

Gruppe Arbeiterpolitik, 15.3.92 ■